

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
J. V. C. Geyer,  
Fernsprecher: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. Mai 1931

Inst. voor  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Ein Symbol Amerikas.

SPD. New York, im Mai (Eig. Bericht)

Die New Yorker Weltmetropole hat sich im Empire State Gebäude ein neues Riesenwahrzeichen gesetzt. An der 34 Strasse und 5 Avenue, mitten im kochenden Menschenkessel von Manhattan, reckt sich schimmernd die neue Herrscherin, streckt sie ihr gigantisches Haupt 1256 Fuss hoch in die ziehenden Wolken. Ihre 103 Stockwerke geben 25 000 ständigen Insassen Raum und Arbeit; mehr als 45 000 Besucher fluten täglich durch die sich endlos dehrenden Empfangshallen. Der aufsteigende Reigen der Stockwerke schliesst sich oben, gleich einem Triumpfkranze, in der riesigen Aussichtsplattform. Ueber ihr dräut nickelstahlumkleidet, augenblendend der Landungsturm in gespenstische Höhen. Donnernd und pfeifend tobt um ihn die Wut der Elemente. Funkelnd leuchtet die Kuppel über Land und Meer.

Zehntausende von Stahltonnen, Hunderttausende von Centnern Baumaterialien, meilenlange Stränge elektrischer Kabeldrähte, Millionen von Dollar, die Arbeitskräfte von Tausenden sind von dem gefrässigen Ungeheuer verschlungen worden. Dutzende von Menschenleben sind diesem babylonischen Baumloch geopfert worden. Materialberge, Ziffern, Aufstellungen, die die Köpfe geübtester Statistiker schwirren machen. Aber so imposant das alles ist, so unwahrscheinlich das alles im ersten Ansturm erscheint, es fasst nicht ans Innerste, es erschüttert nicht. Es ist der ins Gigantische verzerrte Wunschtraum eines Kindes, das sich an mechanischen Riesenbaukasten erfreut. Was hier steht, mag einer rekordjagenden kalten Generation kurze Befriedigung geben, aber es bleibt fern und innerlich beziehungslos.

Aber sause mit der Geschwindigkeit eines Express im Fahrstuhl nach oben und du wirst etwas sehen, das alle Höhen und Tiefen menschlicher Einbildungskraft erschöpft. Kein Flug im rasenden Aeroplan vermag zu geben, was dir ein Blick von dieser festen Warte vermittelt. Erst hier, einhundert mit wimmelnden Menschenameisen gefüllte Stockwerke unter sich, begreift man, was die moderne Aera ist und wie die Zukunft aussehen mag. Flach, mit einigen wenigen Steinhäufen grotesk dazwischen geworfen, liegt die Riesenstadt da. Dort drüber das Chrysler Building, bis vor wenigen Monaten Gipfelpunkt und Spitzenleistung moderner Architektur, heute entthront und in den Hintergrund gerückt. Nadelfeine Kirchsenspitzen stechen, zwischen die robusten Schultern vierzig- und fünfzigstöckiger Bureauhäuser gedrückt, in die klare Luft. Da, der Woolworth-Wolkenkratzer, den die Menschen zweier Jahrzehnte ehrfurchtsvoll bestaunten. Schnurgerade Strassen, die sich endlos in die Ferne verlieren, scharfe Winkel und grünleuchtende Kreise, die Plätze bedeuten. Ueberall wimmeln kleine Punkte Menschen, die sich von hier oben unterschiedslos gleichen. Was ist von den bitteren Kämpfen und Gegensätzen übrig geblieben, die Herz und Hirn der Millionen dort unten unaufhörlich erschüttern?

Ein Panorama, dessen Licht und Schatten dauernd wechselt, Strassenschluchten und Platzwüsten, die dauernd neue Wunder bieten. Im Süden dehnt sich blei-

grau der Ozean. Breite Flüsse wälzen sich ihm silberschimmernd zu. Mächtige Ozeandampfer, die zerbrechlichem Kinderspielzeug gleichen, streben den Landungspiers zu. Ueberall ist Rastlosigkeit, Arbeit, Bewegung, Tätigsein, aber es ist das Tätigsein eines Ameisenhaufens, dessen Sorgen von hier oben recht bedeutungslos erscheinen.

Aber ist es nicht dieser selbe Ameisenhaufen, der das neue Weltwunder im Laufe eines knappen Jahres trotzig gegen den Himmel geworfen hat? Dieser Bau ist nicht nur als technische Leistung bedeutungsvoll, er ist ein Symbol der Stadt und des ganzen Landes. Wo immer man steht, auf den mit spärlichem Grün bewachsenen Plätzen, den Fährbooten, den im Hafen liegenden Inseln, überall reckt sich das neue pyramidale Wahrzeichen von New York mit unerhörter Eindringlichkeit auf. Es ist eine Ansammlung alles dessen, was Menschen an Wissen, Können und Material zusammenbringen konnten. New York liegt vor seiner neuesten Schöpfung gewissermassen auf dem Bauche, als wenn es die Personifizierung, die konzentrierte Darstellung seiner selbst geworden wäre und seinen Ruhm über alle Welt verkünden müsste.

Als Baufachleute vor wenigen Jahren zaghaft von 100stöckigen Bauten sprachen, wurden sie mit Gelächter und höhnischem Gezischel abgetan. Für die höheren Stockwerke bestände keine Sicherheit, niemand könne es wagen, sich auf ein solches Experiment einzulassen. Die letzten Jahre haben längst bewiesen, dass von Experimenten keine Rede sein kann. Fast das Gegenteil ist heute wahr. In den Bureaus der Gebäudedirektion im 86. Stockwerk ist man so sicher wie auf festestem Felsengrund. Und Ironie des Schicksals, je höher man im leeren Raume geht, desto kostbarer werden Grund und Mietspreise.

Dutzende schwerwiegender Fragen sind aufgetaucht. Was soll mit den neuen Zehntausenden geschehen, die die Hauptstrassen in den Verkehrsstunden noch unpassierbarer als bisher machen werden? Wie sollen die städtischen Verkehrsmittel, schon jetzt unzureichend, den neuen Ansturm bewältigen? Wo sollen die Hunderttausende leben, die in dieser Art Gebäude künftige Arbeit finden werden? Alles Fragen, die rationell bedingt sind und in nicht zu ferner Zeit klare Lösungen erheischen, die aber im ersten Eindruck des Zukunftsbildes zurücktreten.

Denkmäler alter Herrlichkeiten, die Pyramiden Ägyptens, Mexicos und Zentralamerikas, die indischen Tempelbauten, das Taj Mahal, das Parthenon, die zeitunwitterten Kirchen Europas steigen vor dem inneren Auge auf. Sie sind himmelstürmend, sind vom Hauche des reinen Geistes und der Anbetung umflossen, der uns in ihnen mehr als nur Bauten sehen lässt. Auch das Empire State Building und seine Vorläufer sind himmelstürmend, aber nur im materiellen Sinne, sie sind erdgebunden, nichts verbindet sie mit den Stufen menschlicher Entwicklung und geistigen Fortschritts. Sie sind herrlich, aber kalt, sie sind nur um kalten Nutzen, nicht um Schönheit und des Geistes willen gebaut. Und doch; je mehr man in den Geist ihrer Linien eindringt, fühlt man auch in ihnen ein Mitschwingen, das sie über dem nüchternen Alltag und ihren kalten Nutzzwecken erhebt. Sie sind die Schöpfungen und stummen Zeugen einer Zeit, die sich in ihren heutigen Taten sonnt und nichts von Vergangenheit und Zukunft wissen will.

---

SPD. Die deutsch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen werden demnächst wieder aufgenommen. Bald nach Pfingsten werden Vertreter der ungarischen Regierung zu Vorbesprechungen in Berlin eintreffen.

---

Wie am Montag Briand, so suchten heute Benesch und Marinkowicz die Entscheidung des Haager Gerichtshofes nur als juristisch bedeutsam zu erklären, wogegen der Rat später die politischen und wirtschaftlichen Folgen der Zollunion zu prüfen hätte. Curtius antwortete wiederum ablehnend, während Briand auf den Ausweg zwischenzeitlicher Verhandlungen zur Aufgabe der Zollunionsidee hinwies.

In der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates sprach als erster zur deutsch-österreichischen Zollunion der tschechische Aussenminister Benesch, der sich Hendersons Auffassung anschloss, hier nur die juristische Frage zu prüfen. Wirtschaftliche und politische Bemerkungen müsse er jedoch machen, um keine Unklarheit aufkommen zu lassen. Juristisch sei nach seiner Ansicht der Vertrag den bestehenden Verpflichtungen Österreichs entgegengesetzt. Deutschland sei viel mächtiger als Österreich. Beide gehörten der gleichen Rasse an, wodurch die Verbindung die rein juristische Bedeutung überschreite. Selbst wenn der Buchstabe des Genfer Protokolls erfüllt werde, sei der Zollverein eine Verletzung der Verpflichtungen. Der Rat werde nach dem juristischen Spruch des Haager Gerichts vom politischen Standpunkt eine Entscheidung treffen, die der Tschechoslowakei keinen Schaden und dem Frieden keine Erschütterung bringen lasse.

Sehr deutlich trat auch Marinkowicz-Jugoslawien der Ansicht von Curtius entgegen, dass der Rat sich nicht mit der politischen Seite des Abkommens zu befassen habe. Jede wirtschaftliche Handlung sei auch politisch. Der Rat und jedes seiner Mitglieder hätten das Recht, sich mit jeder Frage zu befassen, die geeignet sei, die guten Beziehungen zwischen den Nationen zu stören. Die Entscheidung im Haag gebe die juristische Grundlage, aber danach müsse die Frage vom Rat auf ihre politischen Folgen untersucht werden.

Curtius antwortete ebenso bestimmt, durch Hendersons Antrag sei der Kern des Problems herausgeschält worden, nämlich die völkerrechtliche Verpflichtung Österreichs. Er sei kein Formenjurist und wisse, dass hinter den Formen das Leben stehe. Man könne es aber den Richtern im Haag überlassen, wie weit sie das politische und wirtschaftliche Leben hinter der juristischen Form für ihren Spruch berücksichtigen wollen. Es könne sich aber immer nur um die völkerrechtliche Verpflichtung Österreichs und nicht um wirtschaftliche Rücksichten handeln. Wenn der Haag erklärt, dass die völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt sind, so geht es nicht an, den beiden Völkern eine Verletzung des Friedens vorzuwerfen.

Curtius wies den Vorwurf der Prestige- oder Machtpolitik zurück. Alle regionalen Zusammenschlüsse könnten und müssten sich einfügen in die europäische Zusammenarbeit. Dagegen lehne er es ab, die beiden Staaten vor ein Forum ziehen zu lassen als Störer des Friedens.

Briand hielt es für wichtig, zu vermeiden, dass man mit einem Missverständnis auseinandergehe. Durch Hendersons Vorschlag sei die vordringliche juristische Frage geregelt. Durch die wichtigen Erklärungen Curtius' und Schobers sei eine wichtige Entscheidung gegeben. Marinkowicz habe eine grundsätzliche Frage aufgeworfen. Tatsächlich ständen alle Handlungen von Staaten unter der Garantie des Paktes, wonach jedes Mitglied jede Gefahr einer Störung der guten Beziehungen vor den Rat bringen könne.

Dieses Recht sei unbestritten. Es gebe dabei kein Prestige. Alles werde gleichberechtigt behandelt. Hier stehe die Solidarität in Frage. Werde ein wichtiger Vertrag geschlossen, so sei es ein Problem, das alle angehe. Dank der Aussprache sei der Fall schon nicht mehr die alleinige Sache der beiden Staaten. Da Curtius erklärt habe, er wünsche nichts mehr, als mit allen gemeinsam zu arbeiten, so erscheinen sofort grössere Möglichkeiten für einen Plan gemeinsamer Zusammenarbeit. Man verzichte auf Pläne, die Unruhe hervorrufen könnten und versuche, es zu gemeinsamen Lösungen zu bringen. Er hätte Vertrauen zum Haag. In der Zwischenzeit könnten Wege gesucht werden zur gemein-

samen Solidarität. Nach dem Spruch müsse sich der Wille zeigen, die guten Beziehungen nicht zu trüben.

Nach einer kurzen Erklärung Marinkowicz's, er habe nichts als die grundsätzliche Frage klären wollen, antwortet Curtius nochmals auf Briands geschichtliche Zitate mit rein geschichtlichen Gegenzitaten. Henderson warf unter grösster Heiterkeit ein, dass der Haager Gerichtshof über die geschichtliche Diskussion befinden könne.

Hymans stellte unter erneuter Heiterkeit fest, man habe Belgien recht viel historisch zitiert, aber es nicht um seine Meinung befragt. Es habe in Wirklichkeit niemals eine Zollunion vorgeschlagen noch angenommen.

Nach Abschluss der Debatte wurde der Antrag Hendersons auf Befragung des Haager Schiedsgerichtshofes einstimmig angenommen.

-----

SPD. Das Parteitagskomitee Leipzig teilt mit: Um die Durchführung der Demonstration am Sonntag, den 31. Mai reibungslos zu gestalten, die eintreffenden auswärtigen Teilnehmer geordnet einzureihen, sowie ihnen ihre Stellplätze mitteilen zu können, ersuchen wir die Bezirke und Ortsgruppen, die ungefähre Teilnehmerzahl und die Zeit ihres Eintreffens in Leipzig bis spätestens zum 24. Mai dem Bezirkssekretariat Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 mitzuteilen. Erwünscht ist vor allem auch die Angabe ob die teilnehmenden Genossen per Bahn (Sonderzug, Gesellschaftsfahrt) oder Transportautos eintreffen.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte veranstaltet im Zusammenhang mit dem Parteitag in Leipzig einen Sozialdemokratischen Ärztetag am 31. Mai 1931; Beginn 10 Uhr im Gesellschaftshaus des Zoologischen Gartens. Das Hauptreferat hält Genosse Professor Dr. Knack-Hamburg über das Thema "Der bürgerliche und der sozialistische Arzt". Nach der Diskussion kommen Organisationsfragen zur Sprache. Treffpunkte: Sonnabends und Sonntag abds. im Volkshaus, Sonntag mittags im Zoologischen Garten. Alle parteigenössischen Ärzte und Zahnärzte sind willkommen. Rückfragen beantwortet der Schriftführer Dr. Birnbaum, Berlin-Weissensee, Berliner Allee 19.

-----

SPD. Kiel, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Taufe des Panzerkreuzers "Deutschland" erfuhr eine peinliche Unterbrechung. Noch während der Worte des Reichskanzlers löste sich das Schiff vorzeitig und ging zu Wasser. Infolgedessen konnte der eigentliche Taufakt durch den Reichspräsidenten nicht vorgenommen werden.

-----

SPD. Sofia, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Die neue Regierung Liaptschew-Smilow, die von den Blättern des Sgowors und dem nationalliberalen Organ "Nesawissimost" mit grossem Jubel begrüsst und als ein Sieg staatsmännischer Vernunft im Abwehrkampfe gegen die destruktiven internationalen Elemente bezeichnet wird, ist ein Gebilde schlimmster Reaktion. "Dieses Kabinett", schreibt wörtlich der sozialistische "Narod", "ist eine neue Katastrophe für das Land. Jene nationalliberalen Abenteurer und Revanchepolitiker, die Bulgarien in mehrere Kriege und Katastrophen gestürzt haben, haben sich mit dem Sgowor, der ihr Zerstörungswerk während der letzten acht Jahre gründlich fortsetzte, ohne Plattform und ohne Programm zusammengefunden, um alles zu vernichten. Jetzt fehlen nur noch der Koburger Ferdinand und ein neuer Radoslawow. Diese Herausforderung ist ungeheuerlich", In schärfster Form wenden sich auch die übrigen Linksparteien und die gesamte bürgerliche Opposition gegen die "Koalition der Reaktion und Katastrophenpolitiker".

Die rechtsradikalen Nationalliberalen um Smilow, die Ueberreste der ehemaligen Radoslawowpartei, die im Bunde mit dem Koburger Ferdinand Bulgarien jahrzehntelang ein Terrorregime aufzwang, verstärkt durch den Eintritt ihrer beiden Führer Smilow und Stawew in die bisher homogene Sgoworregierung deren faschistische Elemente. Die natürliche Folge wird ein noch schwererer Polizeidruck auf die Bauernmassen und Arbeiterschaft sein, der sich bei den nahen Sobranjewahlen in seinem ganzen Ausmasse zeigen wird. Zwischen dem Sgowor und den Nationalliberalen ist bereits ein Wahlbündnis abgeschlossen worden, wobei den Nationalliberalen, die bisher nur 7 Abgeordnete im Parlamente hatten, 40 Mandate zugesichert wurden. Ohne Zweifel wird auch der Sgowor versuchen, in der neuen Sobranje für alle Fälle wieder mit einer absoluten Mehrheit einzuziehen zu können. Der Polizei des "demokratischen" Ministerpräsidenten und Innenministers Liaptschew steht also in den kommenden Wochen des Wahlkampfes keine leichte "Arbeit" bevor.

-----

SPD. Paris, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Streik im nordfranzösischen Textilgebiet hat sich weiter ausgedehnt. Die Zahl der Streikenden belief sich am Dienstag auf 110 000. Ruhestörungen sind auch am Dienstag nicht zu verzeichnen gewesen. Das Abstempeln der Streikkarten ging ohne Zwischenfälle vonstatten. In den Nachmittagsstunden fanden in Roubaix und Tourcoing Streikversammlungen der sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften statt.

Das wichtigste Ereignis des Tages ist, dass sich unter der Arbeiterschaft anderer Industriezweige eine Bewegung zugunsten eines Solidaritätsstreiks bemerkbar macht. Vor allem ist das bei den Strassenbahnern von Lille, Roubaix, Tourcoing und Haluin der Fall. In einer Nachtsitzung haben die Strassenbahner zunächst den Beschluss gefasst, den streikenden Textilarbeitern alle 14 Tage einen Tageslohn für ihre Unterstützungskasse zu opfern. Auch unter den nordfranzösischen Grubenarbeitern herrscht starke Neigung für einen Solidaritätsstreik. In den Gruben von Bruay und La Clarence ist bereits am Dienstag ein 24 stündiger Streik ausgerufen worden. In Dünkirchen besteht die Absicht, ebenfalls einen 24 stündigen Solidaritätsstreik sämtlicher Arbeiter zu organisieren

-----

SPD. Kiel, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Tücke des Objektes waltete über dem Stapellauf des neuen Panzerkreuzers "Deutschland". Das Schiff wartete den Taufspruch des Reichspräsidenten nicht ab, sondern ging sauber wie geschmiert und fast geräuschlos von selbst ins Wasser. Oben auf der Tribüne standen der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Wehrminister und Minister Treviranus und machten ziemlich verdutzte Mienen. Für einen Augenblick unterbrach Dr. Brüning seine Rede und schaute sich hilflos um. Dass ein Täufling sich eigenmächtig der Taufe entzieht, schien ihnen doch noch nicht vorgekommen zu sein. Währenddessen schaukelte der Schiffsrumpf im Wasser, als ob das so ganz selbstverständlich sei. Kurz entschlossen rief dem enteiltten Kreuzer der Reichspräsident den Taufspruch nach und oben auf Deck war man so geistesgegenwärtig, schnell die Namensschilder herunterzulassen.

-----

SPD. Der Reichsrat hielt am Dienstag eine Vollsitzung ab, in der eine Anzahl von Steuerverordnungen zur Beratung stand. Alle diese Vorlagen stützen sich auf die Notverordnung vom Dezember. Materielle Änderungen enthält die Neufassung nicht, da es sich lediglich darum handelt, den klaren Wortlaut

der verschiedenen Steuergesetze, der in den letzten Jahren durch zahlreiche Novellen und Verordnungen vielfach geändert worden ist, neu bekannt zu machen. Der Reichsrat stimmte der Nauffassung zu.

Als wichtigste Vorlage standen dann die Durchführungsbestimmungen zum Reichsbewertungsgesetz und zum Vermögenssteuergesetz für die Einheitsbewertung und Vermögenssteuerveranlagung nach dem Stande vom 1. Januar 1931 zur Beratung. Der Entwurf lehnt sich im Wesentlichen an die Durchführungsbestimmungen von 1928 an und verwendet zum Teil die bei der letzten Einheitsbewertung gemachten Erfahrungen. Grundlegend geändert sind dagegen die Bestimmungen über die Grundstücke und Betriebsgrundstücke. Die bisherige Bewertungsmethode nach einem Hundertsatz des Wehrbeitragswertes wird zu Gunsten einer Neuregelung verlassen, die eine mehr individuelle Bewertung gewährleisten soll. Als Bewertungsmaßstab ist grundsätzlich die Jahresmiete vorgesehen und bestimmt, dass die Höhe des Vielfachen der Jahresrohmiete, mit dem die Grundstücke zu bewerten sind, aus den tatsächlich getätigten Grundstücksverkäufen der letzten Zeit abgeleitet wird. Der Schwerpunkt der Bewertung wird bei den Normalsätzen der Jahresrohmiete liegen, welche die Landesfinanzämter für die verschiedenen Bezirke und Grundstücke festzusetzen haben werden. Es kann bestimmt werden, dass Villen mit einem Hundertsatz des Wehrbeitragswertes zu bewerten sind. Für nichtzwangsbewirtschaftete Grundstücke soll der bisherige Ertragswert zugrunde gelegt werden. Aber auch hier können die Landesfinanzämter das Verfahren mit der Rohmiete anwenden. - Der Reichsrat stimmte den Durchführungsbestimmungen zu.

-----

SPD. Paris, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Senat, der sich am 2. April, gemäss dem Antrag der Kammer, als Staatsgerichtshof konstituiert hatte, um die in dem Oustric-Skandal kompromittierten früheren Minister Péret, Besnard, Vidal und Fabre abzuurteilen, trat am Dienstag-Nachmittag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Renault zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Die Tribüne des Senats war schon lange Zeit vor der Eröffnung der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt, hauptsächlich von Frauen. Inmitten lautloser Stille wurden die vier Angeklagten mit ihren Verteidigern in den Saal geführt und nahmen auf der für sie eingerichteten Anklagebank Platz. Nach dem Personalverhör der Angeklagten verlas der Generalstaatsanwalt die umfangreiche Anklageschrift, die zu der Schlussfolgerung kommt, dass sich Péret gegen Artikel 183 und 175 des Strafgesetzbuches vergangen habe, weil er sich als Finanzminister und als Justizminister in persönlichem Interesse für eine Partei entschieden hat und Rechtsberater in einem privaten Unternehmen gewesen ist, dessen Ueberwachung ihm früher oblag. Die drei übrigen Angeklagten werden der Mittäterschaft beschuldigt. Die Kompetenz des Staatsgerichtshofes werde als erwiesen angesehen, aber eine ergänzende Untersuchung für notwendig gehalten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Verteidigung einige Bemerkungen zu der Anklageschrift zu machen habe, erklärte der Verteidiger Pérets, sein Klient habe sich keines Vergehens gegen Artikel 175 schuldig gemacht, da die Oustric-Bank wie alle privaten Banken nicht unter der Kontrolle des Finanzministers stehe. Ebenso erscheine ihm die Anklage aufgrund des Artikels 183 nicht gerechtfertigt. Dieser schon 125 Jahre alte Text sei noch niemals angewandt worden. Der Artikel setze ausserdem die Absicht eines Vergehens voraus, die man bei dem Angeklagten nicht feststellen könne. Die Péret vorgeworfenen Vergehen existierten also nicht, und er müsse gegen die Anklageschrift protestieren. Er beantrage aber den sofortigen Beginn des Prozesses, damit sein Klient nicht weiter unter einer furchtbaren Anklage stehen bleibe, die keine Berechtigung habe. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung gab Péret selbst eine Erklärung ab, in der er die ihm vorgeworfenen Vergehen als absurd be-



zeichnete und die Richter bittet, ihn sofort abzuurteilen, damit er so schnell wie möglich seinen Platz inmitten seiner Kollegen wieder einnehmen könne, derer er nicht unwürdig sei. Im Anschluss daran protestierten auch die Verteidiger der drei übrigen Angeklagten gegen die ihnen vorgeworfenen Vergehen. Die Sitzung dauert an.

---

SPD. Dresden, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung des sächsischen Landtags wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei, der Nationalsozialisten und der Volksnationalen ein Antrag angenommen, der von der sächsischen Regierung fordert, bei der Reichsregierung und dem Reichsrat für die Durchführung des Reichstagsbeschlusses vom 17. März betreffend Einführung der 40 Stunden-Woche zur Entlastung des Arbeitsmarktes einzutreten. Ferner wird von der sächsischen Regierung verlangt, dass in den sächsischen Betrieben und Verwaltungen die 40 Stunden-Woche beschleunigt durchgeführt wird. Bei dem dem Staat gehörenden Sächsischen Werke A.G., sowie bei der staatlichen Kraftverkehrs-Gesellschaft, an der das Land Sachsen beteiligt ist, und bei den sonstigen Betrieben soll in diesem Sinne eingewirkt werden. Bei der Durchführung von Notstandsarbeiten soll die Einhaltung der Höchst Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche verlangt und nötigenfalls die Bezuschussung hiervon abhängig gemacht werden. Bei der Erteilung von staatlichen Aufträgen soll bei den mit der Lieferung bedachten Firmen die Durchführung der 40 Stunden-Woche verlangt werden.

---

SPD. Amsterdam, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Der indische Volksrat in Batavia wird nach den jetzt vollzogenen Wahlen von 38 und Ernennungen von 22 Mitgliedern aus 20 links orientierten und 40 mehr oder minder rechts orientierten Abgeordneten bestehen. Von den 30 indonesischen Mitgliedern sind 16, von den 25 europäischen Mitgliedern vier der Linken zuzurechnen. Dem neuen Volksrat wird anstatt bisher zwei nur ein Sozialdemokrat angehören, der auf die europäischen Mitglieder entfällt. Die stärkste indonesische Gruppe ist die nationalistische mit neun Mitgliedern. Von den vier in den Volksrat berufenen Chinesen haben sich zwei der Mittelstandsfraktion des politisch-wirtschaftlichen Verbandes angeschlossen. Der extreme niederländisch-nationalistische vaterländische Klub ist unter den europäischen Mitgliedern mit fünf Abgeordneten vertreten. Der einzige in den Volksrat berufene Araber wird sich vorläufig keiner Fraktion anschließen.

---

SPD. Wanne-Eickel, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Mittag drangen drei unbekannte, mit Pistolen bewaffnete gut gekleidete Leute in die hiesige Filiale der Commerz- und Privatbank ein, fesselten die zwei anwesenden Beamten mit Stricken und sperren sie in einen Nebenraum. Sie raubten dann 17 000 Mark, davon 4 bis 5 000 Mark in Hartgeld und schafften es in Ledermappen fort. Einer der Räuber hatte in der letzten Zeit mehrfach holländisches Geld auf der Bank umgewechselt. Auf die Ergreifung der Täter hat die Bank eine Belohnung von 1 000 Mark ausgesetzt.

---

SPD. Die Generalversammlung der Preussischen Elektrizitäts-A.G. genehmigte den Abschluss für das Geschäftsjahr 1930, der eine Dividende von wieder 6 % auf das im Berichtsjahr voll dividendeberechtigte Kapital von 125 Millionen Reichsmark vorsieht. Ferner wurde die Erhöhung des Grundkapitals um 30 Millionen Reichsmark auf 155 Millionen Reichsmark beschlossen. Die Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-A.G. übernommen, das aus den Aktionären der Gesellschaft gebildet wird. Die neu geschaffenen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis ihrer bisherigen Beteiligung zum Kurse von 120 Prozent angeboten.

Aus dem Aufsichtsrat ist Ministerialrat i.R. Meckelburg ausgeschieden. Neu gewählt wurden Dr. Heinrich Waentig, Minister a.D., Professor, M.d.L., Ministerialdirektor i.R. Walther Jaques und Kreisdirektor Dr. Hinkel.

-----

SPD. Genf, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Generaldebatte über die europäische Wirtschaftskrise wurde am Dienstag-Abend abgeschlossen mit der Annahme einer englischen Entschliessung. In dieser Entschliessung wird ein Unterkomitee gebildet, das die Prozedur festlegen soll zur Vorbereitung endgültiger praktischer Vorschläge im Sinne der verschiedenen Anträge, die von den Versammelten unterbreitet wurden. Dieses Unterkomitee soll sofort zusammentreten und seinen Bericht dem Studienkomitee am Mittwoch oder spätestens am Donnerstag unterbreiten.

Die Debatte begann mit einer Ausführung des dänischen Aussenministers Munck, der nichts gegen das Zollpräferenzsystem einzuwenden hatte, wenn sie zeitlich begrenzt und unter Achtung der Meistbegünstigungsklausel sei. Dann sprach Henderson in einer eindrucksvollen Darstellung über die Krise. Seine Rede gipfelte in einem Appell an alle Mächte, jetzt noch im letzten Moment zur wirklichen Tat zu gehen und Europa den wirtschaftlichen Frieden wiederzugeben. Er brachte darauf seine Entschliessung persönlich ein. Benesch-Tschechoslowakei war für den französischen Plan, den man durch Fortschritte und Erfahrungen abgrenzen könne. Besonders das Präferenzsystem interessiere seine Regierung sehr stark. Jeder Staatsmann müsse sich zuhause für die hiesigen Beschlüsse einsetzen, wenn man nicht zu einem politischen Waffenstillstand käme, so könnten keine guten wirtschaftlichen Resultate herauskommen. Marinkowitsch-Jugoslawien sprach zwar gegen den wirtschaftlichen Egoismus erwähnte aber, dass für seinen Staat und die Balkanländer das Entscheidende sei, die Zollgrenzen fallen zu lassen und in den Donauländern die Märkte für Agrarprodukte zu suchen. Titulescu-Rumänien sprach sich dagegen rund heraus für die Teile des französischen Planes aus, die Präferenzzölle, Kredit und Hilfe für Oesterreich enthielten.

In den Unterausschuss wurden zum Schluss 17 Staatenvertreter gewählt, darunter auch Deutschland und Russland. Diesem Unterkomitee werden sämtliche Vorschläge, die in der Versammlung aufgetreten sind, überwiesen; nur das Agrarkreditproblem wird in der nächsten Plenarsitzung behandelt. Briand schloss die Generaldebatte mit einem warmen Appell für den wirtschaftlichen Nichtangriffspakt wie ihn Litwinow vorgeschlagen hat.

-----

SPD. Brüssel, 19.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Bedingungen, unter denen Jaspar am Montag-Abend die Umbildung seines Kabinetts durchgeführt hat, haben die Lage der ganzen Regierung gefährdet. Der Ministerpräsident hatte ohne Vorwissen verschiedener seiner Kollegen aus dem Kabinett gehandelt. Infolgedessen trat am Dienstag der liberale Post- und Telegrafien-Minister Orthomme zurück. An seine Stelle tritt der liberale Abgeordnete Bovesse aus Namur. Dem allgemeinen Urteil nach ist das Kabinett



Jaspar sehr bedroht und wird sofort nach der Annahme der neuen Steuerentwürfe gestürzt werden. Dass Ministerpräsident Jaspar bis jetzt an Regierungsruder verblieben ist, ist auf die furchtbare finanzielle Lage zurückzuführen. Jedermann ist jetzt unzufrieden. Die Flamen klagen, die Sprachenreform werde nicht gefördert; die Liberalen dagegen sagen, sie werde zu schnell gefördert. Alle aber werfen der Regierung Jaspar Mangel an finanzieller Voraussicht vor. Schliesslich begreift die demokratische und pazifistische Mehrheit des Landes nicht, dass am Vorabend der Abrüstungs-Konferenz die Regierung mehrere hundert Millionen Franken wegwerfen wolle für Festungen, an deren Nützlichkeit niemand mehr glaubt.

-----  
SPD. Genf, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Entwicklungen in Genf haben den französischen Aussenminister Briand veranlasst, am Dienstag noch nicht abzureisen, sondern erst am Freitag nach Paris zurückzukehren. Es verlautet hier bestimmt, dass er sogar die Absicht habe, auch nach seiner Rückkehr im Amte des Aussenministers zu bleiben.

-----  
SPD. Genf, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Danziger deutsch-nationale geführte Senat hat es abgelehnt, in der europäischen Studienkommission zu erscheinen, weil angeblich die Einladung drei Tage nach Beginn der Beratungen erst in Danzig eingetroffen sei. Dabei waren sowohl der Senatspräsident wie auch der Bearbeiter der aussenpolitischen Fragen Danzigs in Genf zu Beginn der Europa-Tagung anwesend, und Herr Senatspräsident Ziehm zeigte sich in den Wandelgängen des Völkerbundshauses und im Beratungssaal als Zuhörer.

-----  
SPD. London, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Verweisung des deutsch-österreichischen Zollplans an den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag wird von der englischen öffentlichen Meinung mit grosser Erleichterung begrüsst. Die Kommentare der meisten Blätter sind von einem derartigen Optimismus, als ob damit bereits das Problem gelöst sei. Gewiss verdient der Aussenminister der Arbeiterregierung das Lob, das man ihm zollt, da er mit grosser Geschicklichkeit den Ausbruch eines Konfliktes vermieden hat. Dass ihm das aber nicht in der Masse gelungen ist, wie er es beabsichtigte, das sprechen nur wenige Blätter aus. Die Absicht Hendersons und der Arbeiterregierung war ja gerade, eine Verweisung an den Haager Schiedsgerichtshof zu vermeiden, weil ein Schiedsspruch, wie er auch ausfallen möge, eine endgültige Lage herbeiführen und einen der beiden Partner verstimmen müsste. Dass Henderson sich doch zu diesem Weg entschlossen hat zeigt deutlich, dass sein Bestreben, am Vortage der öffentlichen Verhandlungen die Partner zu einem Kompromiss zu bewegen, gescheitert ist, und zwar an der bereits zu verbitterten Stimmung. Was Henderson also gewonnen hat ist lediglich die Ausschaltung des Konflikts für einige Monate, bis der Haager Gerichtshof seinen Spruch gefällt hat.

Nachdem somit der deutsch-österreichische Zollplan gewissermassen aus der internationalen Diskussion ausgeschaltet ist, wagen die englischen Blätter sich offener über den französischen Gegenplan auszusprechen, als sie es bisher getan haben. Es ist bemerkenswert, dass der "Manchester Guardian" und der "Daily Telegraph" diesen Plan sehr scharf kritisieren. Am deutlichsten ist in dieser Beziehung die Sprache der "Times". Das Blatt beklagt es zunächst, dass in der Sonnabendsitzung des Europa-Ausschusses eine politische Polemik ausgebrochen ist. Dieser Tadel richtet sich an Frankreich. An dieselbe Adresse

gehen die Worte des Blattes, "die Zeit ist gekommen, wo solche Fragen vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus beraten werden müssen und nicht weiter durch politische Rivalitäten beeinflusst werden dürfen. Die Politik wird die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas nicht lösen, sondern nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann die Atmosphäre entgiften." Der französische Gegenvorschlag, so meint die "Times", würde zu viel Vorverhandlungen bedingen, als dass man von ihm eine baldige und kräftige wirtschaftliche Wirkung erwarten könne. Die Aufnahme der Schlussfolgerungen der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 und das Verhalten der europäischen Regierungen gegenüber dem Plan eines Zollwaffenstillstandes hätten gezeigt, dass man nicht etwa diese allgemeine Methode, wie sie auch der französische Plan vorschlägt, verwenden könne. Es sei daher zu verstehen, dass Deutschland und Österreich zunächst einmal bei sich selbst angefangen hätten.

---

SPD. Stockholm, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Streik wegen der Unruhen im Odalens-Distrikt wird dort und dem grössten Teil der übrigen Provinzen Norrlands bis zum Donnerstag-Mittag um 12 Uhr fortgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt sind die Begräbnisfeierlichkeiten vorgesehen. Die Toten werden gemeinsam und wahrscheinlich im Stadtpark von Kramfors, unweit des Unruheherdes beigesetzt. Etwa 20 000 Teilnehmer aus allen Teilen des Landes, zum grössten Teil Arbeiterdelegationen zugehörend, werden dabei erwartet. Auf Vorschlag der Gewerkschaften wird am Donnerstag ab 12 Uhr als Zeichen der Ehrung eine fünf Minuten dauernde völlige Arbeitsruhe im ganzen Lande eintreten.

---

SPD. Stockholm, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Fluss Klara Elfen in der Provinz Vermland in Mittelschweden ist bei Edebeck über die Schutzwälle getreten. Bis jetzt wurden rund 200 Anwesen überschwemmt und grosse Verwüstungen angerichtet.

---

SPD. Zürich, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Die erste Generalversammlung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die am Dienstag in Basel unter dem Vorsitz von Mac Garrah stattfand, dauerte nur 40 Minuten. In der Diskussion verlangte keiner der 23 anwesenden Zentralbankpräsidenten das Wort.

Der Geschäftsbericht wurde einstimmig genehmigt. Ebenso wurden einstimmig die Anträge, die über die Verteilung des Reingewinns des ersten Geschäftsjahres eingebracht waren, genehmigt. Aus den elf Millionen Schweizer Franken Reingewinn wurden sechs Prozent Dividende verteilt, die etwa fünf Millionen Franken erfordern. Nach Dotierung der verschiedenen Reservenfonds verbleiben mehr als zwei Millionen Franken, die gemäss dem Haager Abkommen an die deutsche und die französische sowie an verschiedene andere Regierungen verteilt werden; die Einlagen durch mindestens fünf Jahre bei der Bank stehen lassen. In der der Generalversammlung folgenden Verwaltungsratssitzung wurden nach lebhafter Debatte die Präsidenten der Zentralbanken der Schweiz, Hollands und Schwedens in den Verwaltungsrat gewählt. Die Bank wurde ferner ermächtigt, mittelsichtige Kredite bis zur Höhe von 150 Millionen Franken zu gewähren.

---

SPD. Dresden, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Der sächsische Landtag nahm in seiner Dienstag-Sitzung mit den Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten einen kommunistischen Antrag an, die sächsische Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten zu verlangen, dass die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen zurückgezogen wird.

Zur Begründung der Stellung der Sozialdemokratie hatte Landtagsabgeordneter Edel in der Aussprache erklärt, die Notverordnung wäre nicht notwendig, wenn die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auch richtig angewandt würden. Die Kommunisten und Nationalsozialisten hätten allerdings kein Recht, sich über die Notverordnung zu beschweren, weil sie erst die Methoden in das politische Leben gebracht hätten, die den Erlass der Notverordnung veranlasst hätte. Die Notverordnung bilde einen zu weitgehenden Eingriff in die Versammlungsfreiheit, finde eine ausserordentlich verschiedenartige Anwendung und diene dazu, die moderne Kulturbestrebungen, die schlechthin als Gottlosenpropaganda bezeichnet werde, zu hemmen.

Der Minister des Inneren, Richter, erklärte, die sächsische Regierung habe gegen die Bestimmungen der letzten Notverordnung Verwahrung eingelegt, da die Rechte der Länder durch sie eingeschränkt würden. Sie habe Vorschläge darüber gemacht, dass diese Rechte bei der Durchführung der Notverordnung gewahrt werden könnten. Abgelehnt wurde ein kommunistischer Antrag, der forderte, dass die Regierung sich für die Aufhebung des Gotteslästerungsparagraphen einsetze. Angenommen wurde mit der bürgerlichen Mehrheit ein Antrag der deutschen Volkspartei, der die sächsische Regierung ersucht, zur Verhinderung der Gottlosenpropaganda von den staatlichen Machtmitteln Gebrauch zu machen.

SPD. Paris, 19. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Anwalt Besnards führte u. a. aus, die Anklage gegen seinen Klienten sei weiter nichts als Verleumdung, die um so ernster sei, als sie sich gegen einen früheren Vertreter Frankreichs im Auslande richte. Besnard, der als Botschafter in Rom um ein Gutachten über die Snia Viscosa gebeten worden sei, habe sich zuerst sogar ungünstig geäußert und schliesslich die Einführung der Aktien an der Pariser Börse nur als politischen Gründen befürwortet. Er selbst habe kein Interesse daran gehabt und Oustric habe ihm entgegen der Behauptung der Anklageschrift niemals für sein Gutachten gedankt. Der Verteidiger Vidals erklärte, die Anklage gegen seinen Klienten sei haltlos, denn in den Aktenstücken befinde sich auch nicht ein einziges authentisches Beweisstück. Er bitte daher den Generalstaatsanwalt, ihm erst ein solches zu unterbreiten. Nachdem der Verteidiger gegen die Arbeiten der Untersuchungskommission der Kammer protestiert hatte, sprach er sich gegen eine ergänzende Untersuchung und für den sofortigen Beginn des Prozesses aus. In ähnlichem Sinne waren die sehr langen Ausführungen des Verteidigers des Angeklagten Favre gehalten. Nachdem die drei Angeklagten dann noch kurze Erklärungen abgegeben hatten, in denen sie betonten, dass sie mit ruhigem Gewissen vor den Staatsgerichtshof treten, erwiderte der Generalstaatsanwalt auf die Erklärungen der Verteidiger. Er rechtfertigte den Antrag auf ergänzende Untersuchung und lehnte den Antrag der Verteidiger auf sofortigen Beginn des Prozesses ab. In geheimer Beratung schloss sich das Gericht den Ausführungen des Generalstaatsanwalts an und beauftragte die Untersuchungskommission mit einer ergänzenden Untersuchung. Der Prozess dürfte unter diesen Umständen kaum vor Oktober dieses Jahres stattfinden.

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Politik und Geschäft.

SPD. Chemnitz hatte in diesen Tagen eine Sensation: an den Plakatsäulen der Stadt wurde mit Riesenlettern verkündet "Deutsche, kauft deutsche Schuhe"; Und der Verband der Schuhgeschäfts-Inhaber tobte sich im Inseratenteil der bürgerlichen Presse in gleicher Weise aus. Der Grund zu diesem hysterischen Geschrei? Im Zentrum der Stadt hatte der bekannte tschechische Schuh-Millionär Bata eine Filiale eröffnet. Vor dem Geschäft stauten sich die Menschen derart, dass die Sipo den Verkehr regeln musste. Hitlerjungen und kreischende Weiber überboten sich in einer niederträchtigen Hetze gegen die Arbeiterschaft "Seht nur, wie das Marxistenvolk zu dem Tschechen sein Geld hinschleppt!" Das war die Sensation der Nationalisten, die den Einbruch des tschechischen Schuhfabrikanten in den Chemnitzer Schuhwarenhandel zu einer politischen Hetze gegen Links ausnutzten. Nur vergassen die Schreier eines hinzuzufügen, nämlich das gar nicht nationale Geschäft, das nationale Führer bei der Errichtung der Filiale Bata gemacht haben. Das Haus, in dem Bata Verkaufsräume für seine Chemnitzer Filiale abgemietet hat, gehört dem Führer der Chemnitzer Militärvereine, und der juristische Berater jenes Hausbesitzers ist ein bekannter Rechtsanwalt und deutschnationaler Politiker. Ein lohnendes Geschäft geht eben, wie so oft, jenen patriotischen Herrschaften über alle Moral und Politik. Die Internationale der Nationalisten hat sich wieder einmal glänzend bewährt: Ein deutschnationaler Politiker, ein Kriegervereinsgeneral, Arm in Arm mit dem Ausbeuter Bata!

Demonstriert in Filzpantoffeln!

Das Chemnitzer Polizeipräsidium hat kürzlich eine Verfügung erlassen, die wert ist, der Nachwelt erhalten zu werden. Es heisst darin:

"Es ist immer wieder zu beobachten, dass durch Versammlungen, die in der Nähe von Kirchen stattfinden, oder durch Umzüge, die daran vorbeiführen, der öffentliche Gottesdienst selbst dann gestört wird, wenn nicht musiziert oder gesungen wird. Schon das Stimmengewirr in den Versammlungen oder das stets hörbare Marschieren der Umzugsteilnehmer ist geeignet, den Gottesdienst zu stören und steht im Widerspruch zu § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Sonntagsruhe."

Lassalles Wort "Schon von ferne hör ich den Marschtritt der Arbeitertaillone..." wird also im Jahre 1931 zu einer Aufforderung zu einer Gesetzesüberschreitung herabgewürdigt. Vielleicht besitzt das Chemnitzer Polizeipräsidium die Freundlichkeit, die nötige Anzahl Filzpantoffeln zu liefern, damit der Verfügung Genüge getan werden kann. Oder verlangt es gar, dass die Demonstranten auf den Fusspitzen demonstrieren sollen?

Schutzzoll ist Trumpf.

Jeder Schutzzoll gewährt dem geschützten Wirtschaftszweig die Möglichkeit einer Monopolpreisbildung. Also schreien die bayerischen Verkehrsvereine nach einem Schutzzollgesetz eigener Art. Sie bitten die Regierung um die Vorlage eines Gesetzentwurfes, nach dem Auslandsreisen von Deutschen mit einer Abgabe von 50 Mark pro Kopf und Reise zu belegen seien. Zur Begründung geben sie an, dass dann der Reiseverkehr von Deutschland nach dem Ausland aufhören würde und dass die deutschen Bäder und Kurorte den Profit davon haben würden.

Also eine Art von Schutzzoll zu Gunsten deutscher Bäder und Kurorte! Es ist klar, dass ein derartiges Gesetz den Interessenten des Kurbetriebes, dem Beherbergungs- und Bewirtungsgewerbe in den deutschen geschützten Bädern und Kurorten eine erhebliche Steigerung der Preise gestatten wird. Durch eine Einschränkung der Freiheit erholungsbedürftiger Reisender soll der Profit einer kleinen Klasse von Interessenten gesteigert werden.

Die guten Leute haben nicht bedacht, dass eine derartige Absperrung der deutschen Grenze Gegenmassnahmen hervorrufen würde. Wenn Deutschland Reisen nach der Schweiz besteuert, wird eben die Schweiz Reisen nach Deutschland besteuern. Und im Endeffekt wird alles genau so sein wie zuvor, nur mit dem eine Unterschied, dass der Freistreiberei auf Kosten erholungsbedürftiger Reisender Tür und Tor geöffnet sind.

Im übrigen würde die Notwendigkeit, jeden Reisenden, der die Grenze überschreitet, genau zu kontrollieren aus welchem Grunde er reist, ob es sich um eine Geschäftsreise oder um eine Vergnügensreise handelt, an den deutschen Grenzstationen zu geradezu russischen Zuständen führen.

Das Beste aber ist, dass dieser Vorschlag ausgerechnet von den bayerische Verkehrsvereinen ausgeht. Das hat seinen guten Grund! Wenn in bayerischen Kurorten die Erholungsuchenden so anständig behandelt würden wie sie es verlangen können, wenn an ihnen nicht Nepperei versucht würde und wenn sie vor allem nicht von politischen Radaugesellen dort beunruhigt würden und die Ohren vollgeschrien erhielten, so würden die bayerischen Verkehrsvereine nicht in die Lage gekommen sein, einen derartigen Vorschlag zu machen. Es wäre besser, wenn sie höflich aber energisch die Leute vom Hakenkreuz in Bayern ersuchen würden, ihre Hetze zu unterlassen!

Majestät telegraphiert.

-----

Im Mosse-Verlag in Berlin gehen allerhand merkwürdige Dinge vor. Geheimnisvolle Personalkündigungen, Entlassung altbewährter Redakteure, krampfhafteste Umstellungsversuche auf "modern" und alles geht zurück auf den Inhaber der Firma, Hans Lachmann-Mosse, der durchaus als Zeitungsdictator berühmt werden will. Zu den vielen Reklamemitteln, mit denen er um Beachtung wirbt, gehört die Veranstaltung einer Reklameausstellung in Berlin. Die Eröffnung dieser Reklameschau musste befehlsgemäss von allen Blättern des Mosse-Verlages als ganz grosse sensationelle Angelegenheit aufgezo-gen werden. Als bei der Eröffnung die Leute von Mosse und einige Höflichkeitsbesucher versammelt waren, die den Besuch derartiger geschäftlicher Angelegenheiten nicht gut vermeiden konnten, wurde ihnen die folgende Botschaft des Herrn Lachmann-Mosse an sein Volk verlesen :

"An Bord der "Ozeana" 40 Nord 29 Ost/ich entbiete den anwesenden Ehrengästen aus der Verwaltung der Kunstwelt, der Wirtschaft und der Presse meinen Gruss und erkläre die Rudolf Mosse-Schau als eröffnet. Hans Lachmann-Mosse."

Da kann man nur sagen: lach-man-Mosse! Seine Majestät der Herr Verleger telegraphiert von Bord der "Ozeana" wie weiland S.M.! Er kann es ja, denn während er in 40 Nord 29 Ost auf dem Luxusdampfer schwimmt, müssen seine Angestellten bei schändlich niedriger Entlohnung für ihn schuften!

-----

# Aus aller Welt

## Die Bluttat des Javaners Sono.

Das Drama eines Heimwehkranken - Mord im melancholischen Wahnsinn.

SPD. Amsterdam, Mitte Mai 1931 (E.B.)

Vom Landgericht Utrecht wurde dieser Tage der 20jährige javanische Diener Sono, der am 30. Januar dieses Jahres in Abwesenheit seines Arbeitgebers, des javanischen Tierarztes Soeparvi, dessen Frau und beide unmündige Kinder durch Zerschneiden der Kehle ermordete und sich dann durch Gasvergiftung ums Leben zu bringen trachtete, zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt.

Gewiss ist die begangene Tat furchtbar und soll mit keinem Worte gerechtfertigt oder beschönigt werden. Sie ist indessen die Tat eines Menschen, der einem ganz anderen Kulturmilieu angehört. Sie ist eine Tat, für die die Oberklasse des javanischen Volkes selbst die Verantwortung trägt.

Die Scheidelinie zwischen Oberschicht und Proletariat innerhalb des indonesischen Volkes ist noch heute so stark, dass ganz allgemein die Diener und Dienerinnen in javanischem Platt angesprochen werden und hochjavanisch zu antworten verpflichtet sind. Es gibt noch zahlreiche Familien, in denen das Dienstpersonal nur knieend die Zimmer der sogenannten Herrschaft betreten darf.

### Ein Diener ist kein Herr!

Der Fall dieses Sono ist ein Schulfall. Als sein Brotgeber sich des Studiums wegen nach Niederland begab, wurde ihm versprochen, dass er dort die holländische Sprache erlernen und später ein entsprechendes Vergütungsgeschenk erhalten solle. Mit diesem Versprechen werden Hunderte junger javanischer Proletarier von ihrer in Niederland studierenden Oberschicht nach dem fernen Holland mitgenommen, ohne dass dann dort etwas für ihre Ausbildung geschieht. Man gibt ihnen keine Gelegenheit, holländisch zu erlernen und dadurch ihren Wissensschatz zu bereichern. Aber erst die holländische Sprache erschliesst ihnen wenigstens teilweise die abendländische Welt. Und können die jungen javanischen Proletarier auch holländisch, so dürfen sie es nicht sprechen, damit der Abstand so gross wie möglich bleibt. Die javanischen Diener gebrauchen nicht einmal ihren Familiennamen, auch Fremden gegenüber bezeichnen sie sich mit ihrem Vornamen, und der Verfasser dieser Zeilen hat selbst die Erfahrung gemacht, dass ein indonesischer Diener, den er mit "Herr" ansprach, ihm mit dem grössten Ernst und ohne jede innere Auflehnung, also nicht etwa ironisch, antwortete, er sei kein Herr.

### Als der Merapi wütete. - -

So war auch Sono von Mittel-Java nach Holland gekommen, wo er ausser einem gleichaltrigen holländischen Jungen, von dem er holländisch stammeln lernte, keinen Anschluss fand. Zu irgendwelcher Vertraulichkeit mit der Familie des Arbeitgebers kam es nicht. Er schloss seinen Gram in sich, Jahre hindurch. Und entsetzlich schwoll dieser Gram an, als im Januar 1931 der gewaltige Ausbruch des Merapi bekannt wurde und ihm niemand Auskunft gab, ob nicht auch Verwandte von ihm Opfer des Vulkans geworden wären. Grenzenloses Heimweh packte den unglücklichen Jungen. Und nun schlug der andersartige Rassencharakter durch. Ein Javane in Melancholie ist zu Vielem imstande, das ein Europäer niemals aus diesem Beweggrunde tun würde. Nicht umsonst ist das sogenannte Amoklaufen gefürchtet, wo der schwerblütige Javane mit seinem Messer wahllos alles niedermacht, was ihm in den Weg kommt, ohne dabei zu wissen, was er tut.



### "Bingoen"

Sono lief an jenem Unglückstage Amok - hätte sein Brotherr ihn auf frischer Tat niedergeschlagen, so hätte er in Selbstschutz gehandelt. Er lief Amok; weil er durch eben diesen Brotherrn in jenen Zustand melancholischen Wahnsinns versetzt worden war, den der Javane mit dem malaiischen Wort "Bingoen" bezeichnet. Sono beging wohl eine furchtbare Tat, bei der jeder fühlende Mensch Mitleid mit deren Opfern hat, aber er ist kein Mörder, der nach europäischem Masstäben gemessen werden darf. Als Sono in seinem jähren Amoklauf kein Ziel mehr vor Augen hatte, hörte der Bingoen-Zustand auf: Sono machte einen Selbstmordversuch, allerdings vergeblich - er wurde verhaftet.

### Wetterleuchten!

Diese schreckliche Tat und dieser Prozess sind ein Wetterleuchten, das in die Schwüle der gesellschaftlichen Gegensätze in Indonesien wie eine erste Ankündigung eines drohenden Gewitters hineinleuchtet. Noch ist Indonesien kein unabhängiger Staat, und doch ist schon heute deutlich erkennbar, dass das seit Jahrhunderten unterdrückte indonesische Proletariat um seine soziale Befreiung einen weit furchtbareren Kampf gegen seine eigene Oberschicht wird kämpfen müssen, als vielleicht das indonesische Volk als Ganzes um die Loslösung von der niederländischen Oberherrschaft.

-r.-

+ + +

100 000 Mark gewonnen! Am Dienstag, dem letzten Ziehungstage der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie, wurde auf das Los Nr. 334 853 der Hauptgewinn in Höhe von 100 000 Mark gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Mecklenburg-Schwerin und in der zweiten in Berlin gespielt.

+ + +

Massenvergiftung. Nach dem Genuss von verdorbener Wurst erkrankten in Gnesen (Polen) 34 Personen an Fleischvergiftung und wurden in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

+ + +

Sprengungsglück. Durch einen verspätet losgegangenen Sprengschuss verunglückten in einem Steinbruch bei Frittlingen am Neckar neun Arbeiter. Einer wurde getötet, vier erlitten schwere, vier leichte Verletzungen.

+ + +

Die blamierten Hitlertreuen. Der vor dem Berliner Arbeitsgericht geführte Prozess der aus dem "Angriff" herausgeworfenen Stennes-Anhänger endete mit einem Sieg der Stennes-Leute. Eine Reihe der Klagen wurde durch Vergleich aus der Welt geschafft, in weiteren vier Fällen jedoch der "Angriff" zu umfangreichen Gehaltsnachzahlungen verurteilt, da das Gericht feststellte, dass auch in sogenannten Tendenzbetrieben Gesinnungswechsel bei Angestellten kein Grund zur fristlosen Entlassung sei. Ebenso wurde der "Angriff" zu Ueberstundenbezahlung, die er bisher beharrlich verweigerte, verurteilt. Die Vertreter des "Angriffs" stellten sich auf den Standpunkt, dass Ueberstunden für ihren Betrieb "aus Idealismus" zu leisten seien. Noch eine andere Kostprobe der Ausdrucksformen dieses "Idealismus": Während der Verhandlung, der sowohl Hitle- risten als auch Stennesen im Zuhörerraum beiwohnten, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den feindlichen Brüdern. Nachdem das Zurufs-Vokabularium der nationalsozialistischen Liebeshwürdigkeiten mit Ausdrücken "feiger Affe", "Flegel", "Lausejunge", "Rüpel", "Vollidiot" erschöpft war, schien es zu einem Handgemenge zu kommen. Nur durch das Eingreifen einiger verruchter Pazifisten wurde verhindert, dass die Fortsetzung der akuten Stennes-Hitler-Schlacht im Gerichtssaal stattfand.

+ + +

Gantner verurteilt. Vom Schöffengericht Berlin=Mitte wurde der bekannte Abenteurer Gantner wegen versuchten Landesverrats zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt; die Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüsst. Gantner, der früher einmal zu Unrecht unter Mordverdacht gestanden hatte, renommierte einmal damit, dass er als Spion in französischen Diensten stehe. Vor Gericht bezeichnete er seine entsprechenden Angaben als Aufschneiderei. Tatsächlich nachgewiesen werden konnte Gantner nichts. Trotzdem beantragte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kreimann zwei Jahre Gefängnis, indem er sagte: "Es wäre Gantner gegebenenfalls nicht darauf angekommen, sein Vaterland zu verraten!"

+ + +  
Schülertragödie. In einer Frankfurter Lehranstalt versetzte ein Schüler während der Pause einem Mitschüler, der im Klassenzimmer verblieben war, mit einem Beil einen Schlag auf den Kopf. Danach begab er sich zum Direktor und meldete den Vorfall. Er gab an, dass er von seinen Mitschülern das ganze Jahr über gehänselt worden sei; man habe ihn auch einen Kommunisten genannt. Durch die Tat habe er sich rächen wollen. Die Verletzung des Schülers war leichter Natur. Er konnte nach Anlegung eines Verbandes in die elterliche Wohnung gebracht werden. Der junge Attentäter, der das Beil in seiner Aktenmappe mitgebracht hatte, wurde, da er einen verstörten Eindruck machte, auf Veranlassung des Schularztes in eine Nervenheilanstalt verbracht.

+ + +  
Gold im Käse. Von Sunderland (Nordengland) aus fuhr das englische Hebeschiff "Reclaimer" in See, um die Goldvorräte des im Jahre 1916 von einem deutschen U-Boot versenkten holländischen Dampfers "Tubantia" zu heben. Die "Tubantia" hatte an Bord 20 Millionen Mark in Gold, das in einer Ladung holländischem Käse versteckt war. Mit dem "Reclaimer" fahren acht Taucher mit, die mit den modernsten Tauch- und Suchapparaten ausgestattet sind.

+ + +  
Johan de Meester. Der holländische Romanschriftsteller und frühere Journalist Johan de Meester erlag in Utrecht, nachdem er eine Gedächtnisrede für einen vor 20 Jahren verstorbenen Kollegen gehalten hatte, im Alter von 71 Jahren plötzlich einem Schlaganfall.

+ + +  
Abgebranntes Dorf. Die Gemeinde Kopandul=Mures in Rumänien wurde durch einen Riesenbrand fast gänzlich eingeäschert. U.a. wurden 30 Bauerngehöfte durch das Feuer vernichtet.

+ + +  
Ein unbegreifliches Urteil!

-----  
Dramatisches Ende im Charlottenburger Mordschützenprozess.

SPD. Im Prozess gegen die Nazischützen vom Eden=Palast in Charlottenburg wurde in den Abendstunden des Dienstag das Urteil gefällt. Stief, Liebscher und Berlich erhielten wegen schweren Landfriedens- und Hausfriedensbruchs je zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, Wesemann, gegen den der Staatsanwalt eine langjährige Zuchthausstrafe beantragt hatte, wurde freigesprochen.

Nach vielwöchentlicher Verhandlung hat das Schwurgericht des Landgerichts III unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ohnesorge ein Urteil gegen die nationalsozialistischen Mordbuben vom Eden=Palast gefällt, das zu schwersten Bedenken herausfordern muss. Es ist ein offensichtliches Verlegenheitsurteil, soweit es die SA=Leute Stief, Liebscher und Berlich anbetrifft. Einen glatten

Fehlspruch hingegen muss man den Freispruch des Wesemann nennen, der von zahlreichen Zeugen aufs schwerste belastet wurde und der als einer der gewalttätigsten Hauptakteure des mörderischen Ueberfalls anzusehen ist, bei dem ein Mann einen Bauchschuss und drei weitere Menschen gleichfalls schwere Schussverletzungen erhalten haben.

+

Während der Begründung des Urteils kam es zu schweren Tumultszenen, die eine Unterbrechung der Sitzung notwendig machten. Nachdem Berlich, dessen Inhaftnahme wegen Fluchtverdachts das Gericht angeordnet hatte, mehrfach in höchster Erregung Landgerichtsdirektor Ohnesorge bei der Urteilsbegründung mit dem Rufe unterbrochen hatte: "Sie lügen ja! Das ist ja eine Gemeinheit! Schwindel und Betrug!" trank Berlich plötzlich ein Glas Wasser aus, in das er sich ein grünliches Pulver geschüttet hatte und bekam einen schweren Anfall. Er warf sich laut brüllend auf den Erdboden, schlug auf die Justizwachtmeister und seinen Verteidiger ein und versuchte, sein Taschenmesser, das man erst für einen Revolver hielt, aus der Tasche zu ziehen. In ungeheurer Erregung sprang alles auf, und es kam zu einem schweren Kampf, bis es schliesslich gelang, den toben- den und wild schimpfenden Berlich aus dem Gerichtssaal zu bringen. Ein Arzt wurde herbeigerufen und die Sitzung unterbrochen. Genau Beobachter wollen allerdings bemerkt haben, dass Berlich diesen Wutausbruch sehr genau vorbereitet habe, um eine Haftentlassung zu erzwingen. Mit welcher zweifelhaften Methoden er arbeitet, erhellt allerdings die Tatsache, dass er auch zu Anfang der Verhandlung sehr reichlich mit Schlaftabletten gearbeitet und damit die Abwicklung des Prozesses zweimal erfolgreich verzögert hat.

+

Einen grossen Teil der Urteilsbegründung nimmt der gänzlich unverständliche Freispruch des Wesemann ein, der auch dem Gericht anscheinend sehr schwer geworden ist. Trotzdem eine ganze Anzahl Zeugen den Wesemann als Schützen wiedererkannt und in allen Details beschrieben haben, glaubt das Gericht, sich mit der Motivierung über sie hinwegsetzen zu können, dass sie beeinflusst ausgesagt hätten, wenn es ihnen auch nicht den guten Glauben abspricht. Ferner: Mehrere Zeugen haben bekundet, dass bei dem bestialischen Feuerüberfall auf die Tanzgesellschaft im Eden-Palast mehrere Leute riefen: "Strolch, komm mal, die Türe freihalten!" Im Verlauf der Verhandlung hat nun Wesemann selbst zugegeben, dass er im Sturm 33 den Spitznamen "Strolch" bekam. Nun unterstellt die Urteilsbegründung als wahr, dass der Ausruf "Strolch, komm mal die Türe freihalten!" gefallen ist. Es sagt aber dann, - und da kann man nur verständnislos den Kopf schütteln - dass sich die Rufe in dem Tumult vielleicht auch geirrt haben könnten und den "Strolch" - Wesemann - da vermutet hätten, wo er vielleicht garnicht gewesen sei. Weiterhin wird die Aussage eines auch vom Gericht als besonders glaubwürdig hingestellten Zeugen Kutschinski, der Wesemann aus einer Reihe von Bildern sogleich als einen der Schützen wieder erkannte, damit abgetan, dass er sich vielleicht geirrt haben könne!

+

Auch die Verurteilung von Liebscher, Stief und Berlich wegen schweren Landfriedensbruchs wird der Schwere der Tat in keiner Weise gerecht, da es einwandfrei feststeht, dass die Drei an dem skrupellosen Totschlagsversuch führend beteiligt waren - eine Tatsache, die den Staatsanwalt zur Forderung hoher Zuchthausstrafen veranlasste.

K.K.B.

+ + +

Schrecklicher Tod eines Kindes. In Rehme bei Bad Oeynhausen trank das zwei-jährige Kind eines Schlossers eine Flasche Schuhpolitur aus und starb innerhalb einer halben Stunde unter den schrecklichsten Schmerzen.

# Gewerkschaftliche Rundschau

## Volk und Polizei.

SPD. Die Aufgabe der Polizei ist in einem Volksstaat eine andere als unter einer Diktatur oder unter dem alten Regime. Der Volksstaat stellt an die Polizeibeamten gewaltige Anforderungen. Der Fort- und Ausbildung der Polizei kommt daher heute viel grössere Bedeutung zu als je zuvor. Um dieser Fortentwicklung einen neuen Anstoss zu geben, hat die Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung, ein Glied des Verbandes Preussischer Polizeibeamten, nach Berlin einen Polizeitag einberufen. Das Programm des Polizeitages, der am Dienstag begann, umfasst zwei Tage. Am Dienstag Vormittag sprach nach einem kurzen Begrüssungswort des Vorsitzenden der Vereinigung, Kriminalrat Klingelhöller, Reichstagsabgeordneter Grassmann, der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, über das Thema "Was verlangt das Volk von seiner Polizei". "Vorwärts"redakteur Klühs, Vorsitzender des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der deutschen Presse, referierte über "Presse und Polizei als Organe der staatlichen Ordnung", und der Berliner Polizeipräsident Grzesinski beleuchtete die Aufgaben der Polizei im Dienste der Wirtschaft.

Der Traum der Edelanarchisten: eine Gesellschaft ohne Polizei - so führte Grassmann aus - ist noch nicht in Erfüllung gegangen und deswegen ist die Polizei notwendig. Für die Entwicklung des Volksstaates ist es naturgemäss von grösster Bedeutung, wie sich die Mehrheit des Volkes, d.h. die Mehrheit, die diesen Volksstaat auf demokratischer Grundlage will, zur Polizei stellt und umgekehrt. Dass die asozialen Elemente und ebenso die politischen Extremisten, die den Volksstaat mit Gewalt zerstören wollen, die Polizei bekämpfen, ist selbstverständlich. Die Volksmehrheit dagegen verlangt Sicherheit von Leben und Eigentum sowie Schutz vor Uebergriffen asozialer und extremer Elemente.

Der ideale Schutzmann ist vielleicht bis zu einem gewissen Grad in England verwirklicht worden. Der englische Polizist ist der "König der Strasse". Vor allem gilt das für London. Niemand, auch kein Angehöriger der oberen Stände, wagt drüben gegen die Entscheidung eines Schutzmanns bei irgendwelchen Differenzen auf der Strasse zu rebellieren. Natürlich gibt es auch drüben Wildwestelemente. Im allgemeinen aber ist die Stellung des Schutzmanns infolge seiner Respektierung durch das Publikum ausserordentlich stark. Das kommt nicht von ungefähr. Die englische Polizei ist aus einer Art freiwilligen Bürgerschutz entstanden. Bei diesem Bürgerschutz musste sich jeder fragen, ob er nicht, wenn er heute rebelliert, morgen auf gleichen Widerstand stösst, wenn er selbst die Hellebarde tragen muss. England ist überdies das Land der grossen bürgerlichen Freiheit, während Deutschland bis zum Umschwung das Land des Untertans war und den Bürger eigentlich nur aus liberalen Blättern kannte. Bei uns waren früher Militär und Polizei Werkzeuge eines nur mühsam maskierten Absolutismus. Die Folge war ein scharfer Gegensatz zwischen Polizei und Volksmassen, vor allem zwischen Polizei und Arbeiterschaft.

Grassmann schilderte in einem kurzen historischen Rückblick, wie die schikanöse Behandlung der Arbeiterschaft unter dem alten Regime bei Arbeitskämpfen, Streikversammlungen, Streikpostenstehen und dergl. im Laufe der Jahre ein ungeheures Mass von Verbitterung aufhäufte. Reste dieser Verbitterung seien bis heute noch bestehen geblieben. Sie erschwerten vielfach eine gerechte Beurteilung

lung der Polizei. Trotz dieser noch vorhandenen, psychologisch begreiflichen Widerstände müsse der Schutzmann durch Geduld und Selbstüberwindung dahin kommen, Schutzgeist der Bevölkerung zu werden. Heute werde ja ein Schutzmann nicht mehr nach der Zahl der erstatteten Anzeigen, sondern nach seiner Fähigkeit, zu helfen, qualifiziert. Das Volk wolle eine hilfsbereite Polizei, eine Polizei, die auch für die schwere Wirtschaftsnot der Massen Verständnis habe. Gefordert werde nicht ein Freibrief für Uebergriffe, aber Einfühlungsvermögen in die Lage der von Hunger und Kummer niedergedrückten arbeitslosen Menschen. Das Volk wolle eine reine Polizei, frei von Korruption, wie sie sich zum Beispiel drpben in Amerika infolge der Trockenlegung breitgemacht habe. Das Volk könne nur dann Vertrauen zur Polizei haben, wenn es die Gewissheit habe, dass die Schutzorgane keinerlei Kontakt mit korrupten oder illegalen Elementen hat. Das Volk wolle eine unparteiische Polizei. Es fordere - und das mit Recht - dass gegen die Extremisten ohne Unterschied der Richtung, wenn sie mit Gewalt vorgehen, Front gemacht wird. Das Volk wolle eine staatsstreue Polizei. Das Verhältnis des Polizisten zum Staat sei etwas ganz anderes als die Stellung des Arbeiters gegenüber seiner Firma. Der Polizist stehe zum Staat in einem Vertrauensverhältnis. Wer Staatsdienst tue, müsse auch Staatsgesinnung haben. Wer den Volksstaat nicht wolle, der solle den Staatsdienst verlassen; er müsse ihn verlassen, wenn er ein aufrechter Mann sei (Stürmischer Beifall). Der Beamte, der im Staatsdienst bleibe, obwohl er innerlich gegen den Staat stehe, sei ein Heuchler.

Mit starker Anerkennung sprach Grassmann über den schweren Dienst, den der Polizeibeamte heute zu verrichten hat. Die Anforderungen, die an den Polizeibeamten gestellt werden, sind enorm; oft werden alle Kraftreserven aus ihm herausgeholt. Die ungeheure Arbeitsleistung der Polizei wird nicht genügend bezahlt. Allein sehr viele tragen heute ein noch schwereres Los. Sie tragen es, ohne dass sie auf den Gedanken kommen, alles zu zerschlagen. Arbeiter und Angestellte tragen seit Jahren eine Summe von Elend, das sie bestimmt nicht verschuldet haben. Trotzdem halten sie diesem Staat die Treue. Dasselbe muss auch vom Beamten verlangt werden. Treue bewährt sich nur in der Stunde der Not, in der Stunde, wo schwache Naturen verzagen. Männer mit gefestigter Ueberzeugung erfüllen die freiwillig übernommene Pflicht. Grösser als Lob und Anerkennung und ausreichende Entlohnung ist für den Mann das Gefühl, seine Schuldigkeit getan zu haben. (Starker Beifall)

Die Funktionen der Polizei und der Presse als Gesamtheit - betonte Klühs in seinem Vortrag - berühren alle Punkte des öffentlichen Lebens. Der Nachrichtendienst steht heute an erster Stelle im Leben der Zeitung. Auch die Polizei weiss ja in ihren vielfachen Verzweigungen diesen Nachrichtendienst zu schätzen wenn sie auch zeitweise mit ihm unzufrieden ist. Die wichtigste Funktion der Presse aber ist die kritische Behandlung der Ereignisse. Kritik ist durchaus nicht mit Nörgelsucht zu verwechseln, aber offene kritische Aussprache hat oft schon ungeheuer anregend auf den Blutumlauf der Gesellschaft gewirkt. Gewiss fühlt sich der einzelne im Scheinwerferlicht der Kritik nicht immer wohl. Im ganzen fallen trotz vielfacher Gegensätzlichkeiten die Interessen der Polizei und der einzelnen Polizeibeamten mit den Interessen der Presse und der Journalisten zusammen. Beide haben das gleiche Ziel: den im Staat organisierten Volke, jeder nach besten Kräften und mit dem Aufgebot von Herz und Geist, zu dienen (Anhaltender Beifall).

Der Berliner Polizeipräsident gab in seinem Vortrag einen ausserordentlich anschaulichen Ueberblick über die von Jahr zu Jahr gewachsene Bedeutung der Polizei im Wirtschaftsleben. Er schilderte vor allem die polizeiliche Leistung auf den verschiedenen Gebieten der Nahrungsmittelkontrolle, der Verkehrsregelung, der Gewerbeüberwachung usw. Ueberall da handle es sich keineswegs nur um eine Bürokraten-Kontrolle der Einhaltung irgendwelcher verstaubter Verordnungen, sondern um sehr lebenswichtige Interessen der Bevölkerung. Auch die Polizei kümmerge sich um den Schutz der Arbeiterschaft durch ihre Kontrolle der Be-

triebe, der Gaststädten, Theater, der Bauten, In Tausenden von Fällen kämpfe sie um Luft, Licht und Sonne für die schwächeren Bevölkerungskreise. Die Polizei werde nicht umsonst die "Mutter der Verwaltung" genannt. Mehr denn je müsse heute die Polizei der hemmungslosen Auswirkung des Erwerbstriebes und der Eigentumbildung Schranken setzen. Solche Schrankensetzung sei nichts absolut Neues; sie sei schon früher dagewesen. Heute aber sei sie infolge der Bedrohung der wirtschaftlich schwachen Elemente durch überstarke Wirtschaftsmächte geradezu ein Lebenselement der Gesellschaft geworden. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, erscheine auch der Abbau der Notwirtschaft und damit die Ausschaltung der Polizei aus dem Druck auf die Preise als schwerer Fehler.

Polizeibeamter, schloss Grzesinski, kann heute nur ein wirklich moderner und aufgeschlossener Mensch sein. Seine Aufgabe wird von Tag zu Tag schwieriger und seine Fortbildung umso wichtiger. Aber über alle Kenntnisse hinaus muss der Polizeimann ein fühlender Mensch sein, der für die Nöte des Einzelnen und für die Notwendigkeiten der Allgemeinheit Verständnis besitzt. Nur einem solchen Polizeibeamten gelingt es, zu seinem Teil mit dazu beizutragen, die Wirtschaft in eine Gesellschaft einzugliedern, die dem Menschen und nicht den Götzen des Geldes und der Gewalt dient. Die Polizei von heute hat eine schwere Aufgabe, aber schwere Zeiten haben noch stets auch starke Männer gefunden. (Stürmischer Beifall).

SPD. Durch die bürgerliche Tagespresse ging dieser Tage die Mitteilung, dass die Angestelltenorganisationen der Reichsregierung eine Eingabe übermittelt haben, in der gefordert wird: 1) weitere Entlassungen von Reichsangestellten im laufenden Geschäftsjahr nicht mehr vorzunehmen. 2) die Beschäftigung von Versorgungsanwärtern in Stellen der öffentlichen Verwaltung auf den Stand zurückzuschrauben, wie er vor der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1930 war. 3) eine erneute Kürzung der Gehälter der Angestellten und Beamten zu vermeiden und 4) die Beamten zu den Lasten der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen.

Hierzu wird uns von den freien Angestelltenverbänden (Z.d.A., Butab und Deutscher Werkmeister-Verband) mitgeteilt: Die bürgerlichen Pressemeldungen sind geeignet, eine Irreführung der Öffentlichkeit hervorzurufen. Die AfA-Verbände sind an der Eingabe nicht beteiligt. Die freigewerkschaftlichen Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände haben bereits vorher Schritte beim Reichskanzler unternommen, um eine einmütige Abwehrstellung der öffentlichen Bediensteten gegen die zu befürchtenden wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. Die Forderung der gegnerischen Angestelltenverbände auf Einbeziehung der Beamten zu den Lasten der Arbeitslosenversicherung lehnen die AfA-Verbände ab, da sie es als ungerecht empfinden, wenn die Beamten schlechter behandelt würden wie andere Volkskreise, die weit eher in der Lage wären, zu diesen Lasten beizutragen.

SPD. Die Löhne der rheinisch-westfälischen Maler und Anstreicher sind neu geregelt worden. Der Spitzenlohn für den Kölner Bezirk beträgt 1,17 Mark, für Homberg, Moers und Rheinhausen 1,07 Mark, für Kleve 1,04 Mark, für Arnsberg 0,97 Mark und für Kreuznach 1,10 Mark. Die Neuregelung gilt bis zum 20. April 1932.

SPD. Der Allgemeine Niederländische Fabrikarbeiterverband hat in der Ur= laubsfrage ein an 650 Arbeitgeber ein Schreiben gerichtet, worin für jeden erwachsenen Arbeiter ein Mindesturlaub von 6 Tagen, für die Arbeiter von 17 bis 21 Jahren 9 Tage und für die Jugendlichen unter 17 Jahren ein Urlaub von 14 Tagen gefordert wird. Gleichzeitig wird um die Bewilligung eines Urlaubszuschlages ersucht.





## Preussische Elektrizität.

SPD. Die dem preussischen Staat gehörende Preussische Elektrizitäts A.G. (Preag) weist in ihrem Abschluss für 1930 darauf hin, dass gerade die Stromlieferung für industrielle und gewerbliche Zwecke zum Teil erheblich zurückgegangen ist, während sich in den landwirtschaftlichen Gebieten und in den Städten weitere Nachfrage nach billigem Kraft- und Haushaltsstrom zeigt. Dadurch, so wie durch Anschluss neuer Abnehmer und durch weitere Ausdehnung des Versorgungsgebietes konnte die durch die Konjunktur bedingte rückläufige Bewegung ausgeglichen werden. So stieg die Stromabnahme von etwa 646,23 Millionen KWh (Kilowattstunde) auf 682,82 Millionen KWh. Die Zunahme beträgt also 5,7 % gegenüber einer Zunahme von 20,17 Prozent im Vorjahre. Lässt man die Ausdehnungen unberücksichtigt, so ergibt sich in der Stromabnahme ein Rückgang von etwa 8 %.

Im neuen Jahr hat sich der Stromabsatz im Januar um 5,5 % und im April um 5 % gebessert, im Februar und März um 13 bzw. 3 % zurückgegangen. Das ergibt im Durchschnitt eine Abschwächung in der Stromabgabe um etwa 2 Prozent. Das musste natürlich Auswirkungen auf das Bauprogramm der Preag haben. Die Drosselungen erstreckten sich allerdings nicht auf das laufende Bauprogramm. Das laufende Bauprogramm dient wohl auch der Verbesserung des Verteilungsnetzes. Die Schaffung von neuer Kapazität kommt sicher auch für die Preag für die nächste Zeit nicht in Frage. An sich wird für Ende 1930 die zur Verfügung stehende und nicht ausgenutzte Kapazität mit 500 000 KWh angegeben.

Der Betriebsüberschuss hat sich von 13,002 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 17.462 Millionen Mark im Jahre 1930 gebessert. Die Handlungskosten stiegen von 801 000 Mark auf 968 000 Mark. Die Steuern erfordern 1,126 Millionen Mark gegenüber 1,114 Millionen Mark im Jahre 1929. Das Konto Zinsen hat sich weiter vergrößert (2,54 Millionen Mark im Jahre 1930 gegenüber 574 000 Mark im Jahre 1929). Der Erneuerungsrücklage wurden mit 4,8 Millionen Mark zugewiesen (Vorjahr 4,6 Millionen Mark) und dem Pensionsfonds, wie im Vorjahr, 150 000 Mark. So ergibt sich ein Reingewinn von 7,631 Millionen Mark (5,623 Millionen Mark im Vorjahr). Daraus wird, wie im Vorjahr, eine Dividende von 6 % gezahlt, was eine Aufwendung in Höhe von 7,5 Millionen Mark bedeutet. Der Vortrag macht 130 000 Mark aus gegenüber 123 000 Mark im Vorjahre. Mit der neuen Zuweisung an die Erneuerungsrücklage steigt diese auf 25,78 Millionen Mark. Unter den fremden Mitteln erscheint die England-Anleihe mit 24,4 Millionen Mark (Vorjahr 24,5 Millionen Mark) und die Dollaranleihe mit 16,4 Millionen Mark (16,8 Millionen Mark). Die Darlehensgläubiger werden mit 22,95 Millionen Mark angegeben (27,87). Darunter ist das Darlehen von 25 Millionen Mark Schweizer Franken der Continentalen Elektrizitäts Union A.G. Basel, das inzwischen in eine langfristige Anleihe umgewandelt wurde. Die Gläubiger betragen 28,68 Millionen Mark (im Vorjahr 27,64 Millionen Mark). Bürgschaften sind für die Anleihen des Ostpreussen-Werkes in Höhe von 5,3 Millionen Dollar übernommen worden. Die sonstigen Bürgschaften machen 25,45 Millionen Mark aus. Es handelt sich hier um vorübergehende Bürgschaften für die Tochtergesellschaften.

Das Unternehmen ist im Laufe des verflissenen Geschäftsjahres planmässig weiter entwickelt worden. Hierher gehört die Zusammenfassung der Oldenburgi-

schen Stromversorgungs A.G. und der Weser=Ems=Versorgungs A.G. zu der Stromversorgungs A.G. Oldenburg=Ostfriesland. Durch Kauf wurde die Allerzentralen der Stadt Celle erworben, weiter die Stromversorgungs A.G. Weissenfels=Zeititz ins Leben gerufen. An der letzten Gründung sind die dem Reich gehörenden Elek=trowerke beteiligt. Von den Buderus=Eisenwerken in Wetzlar wurde die Ueberlandversorgung für den Oberlandkreis und den Kreis Wetzlar übernommen. Die Erwerb=ung der Thüringer Gasgesellschaft wurde mit der A.G. Sächsische Werke, auf die der sächsische Staat Einfluss hat, durchgeführt. Dabei wird darauf verwiesen, dass die Preag bei ihren Erweiterungen Gaswerke übernehmen musste. Diese Gas=werke sollen jetzt von der Fachgesellschaft, eben der Thüringer Gas, beraten werden. Man will hier zu einer Gemeinschaftsarbeit kommen, die sich auf Einkauf usw. erstreckt. Beim Braunkohlenschwelkraftwerk Hessen=Frankfurt (Hefrag) ist eine Konzentration des Betriebes in Wolfersheim erfolgt. Der Preag stehen jetzt 14 Schwelöfen mit einer Jahresleistung von 50 000 Tonnen Teer zur Ver=fügung. Durch Absacken der Teerpreise sind hier Verluste entstanden, die über eine Million Mark betragen dürften. Der gegenwärtig anziehende Teerpreis ermöglicht wohl Aussichten für eine Fortführung des Betriebes, wenn auch in den nächsten Jahren noch mit Verlusten zu rechnen ist. Sollte aber der Teerpreis weiter absacken, so muss mit einer vorübergehenden Stilllegung gerechnet werden.

Die Belegschaft wird für Ende des Jahres einschliesslich Hefrag und der Nordwestdeutschen Kraftwerke mit 2354 Arbeitern und 506 Angestellten angegeben. Ende des Jahres 1929 waren 2158 Arbeiter und 349 Angestellte beschäftigt.

---

SPD. Aus dem Reich liegt die erste Meldung über eine Brotpreissenkung vor und zwar hat sich die Bäckerinnung in Osterode (Ostpreussen) bereit er=klärt, den Preis für ein Pfund Roggenfeinbrot von  $17 \frac{2}{3}$  auf  $16 \frac{2}{3}$  Pfennig zu senken. Damit liegt der Preis in Osterode noch unter den gesenkten Berli=ner Preisen. Die Aktion wurde auf Druck des dortigen Regierungspräsidenten durchgeführt. Sie zeigt, dass man den Brotpreis senken kann. Hoffentlich lernt man im Reichsernährungsministerium aus dem Fall Osterode.

---

SPD. Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben werden für den Monat April 1931, den ersten Monat des neuen Steuerjahres, mit 813,68 Millionen Mark angegeben. Wenn man das Aufkommen im Monat April 1931 mit dem im April 1930, wo 983,4 Millionen Mark vereinnahmt wurden, vergleicht, dann ergibt sich für den April 1931 eine Mindereinnahme von fast 170 Millionen Mark. Die Entwicklung geht zu Lasten der indirekten Steuern und der Massenbe=lastung, der Zölle und Verbrauchsabgaben. So sind im April 1931 aus Besitz= und Verkehrssteuern gegenüber dem April 1930 rund 188,6 Millionen Mark weni=ger eingegangen. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben haben sich da=gegen um 18,9 Millionen Mark erhöht. Hier spricht nicht nur die allgemeine wirtschaftliche Lage mit, sondern auch die Aenderung in der Steuergesetzgebung, die ja auf eine Verstärkung der Massenbelastung abgestellt ist. In dem Auf=kommen für April 1930 steckt auch noch eine einmalige Zahlung aus dem Vermö=gen der Bank für deutsche Industrieobligationen in Höhe von 70 Millionen Mark, die in den Einnahmen für den Monat April 1931 fehlt.

---

SPD. Eine Versammlung der dem Rheinisch=Westfälischen Kohlensyndikat angehörenden Zechenbesitzern nahm mit über  $\frac{7}{10}$  der vertretenen Stimmen zu der Frage der Umlage, durch die der Kohlenkampf in den besonders von England be=